

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 55.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Telephon Nr. 55.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeigabe täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund“, wöchentlich die landwirtschaftliche Beilage „Rhein-Bauernfreund“ und das St. Quirinus-Blatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten ins Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden. —



Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem lauffähigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neungespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die viergespaltene Reklamezeile 70 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 6 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Aufnahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 305.

Redaktion Jos. Grawau.

Donnerstag, 5. Juni 1913. (Bonifatius.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß

40. Jahrgang.

Die Pflicht der Regierung.

(Von unserem Berliner E. Mitarbeiter.)

Militärvorlage und Dedungsvorlage stehen an einem entscheidenden Wendepunkt: eine Mehrheit der Linken will beide Vorlagen trennen, die Minorität des Centrums und der Rechten besteht auf gleichzeitiger Verabschiedung beider Gesetze und hat Mittel genug in der Hand, um diesen Willen durchzusetzen. Die Regierung aber schweigt, schweigt wie eine Pagode. Zwar hat der Kriegsminister erklärt, daß er die Vorlage bis zum 1. Juli haben will und braucht; der Reichsschatzsekretär hat nicht so bestimmt auf, daß er auch die Steuern gleichzeitig haben müsse; er begnügt sich mit einer „Märkung“, die bis dahin zu erfolgen habe. Was soll dies heißen? Keine Ausgabe ohne Deckung! War seit Jahren der erste Satz des Bundesrats; so blieb es, als man die Altersrente mit dem 65. Lebensjahre geben wollte; so trat er einem entgegen, als man sich der Veteranen annahm; solche harte Worte fand der Bundesrat bei den Postbeamten bei den Alpenjägern und vielen anderen Gelegenheiten. Notabene: es handelte sich überall nur um einige Mill. M. Ausgaben. Aber man blieb hart und unbeweglich. Nun kommt die Ausgabe von 200 Mill. M. und da soll der Kardinalsat der Finanzpolitik beibehalten und aufgehoben sein? Fast gewinnt es den Anschein; aber dann ist das Ende der geordneten Finanzen da und wir steuern mit Riesenschritten dem finanziellen Ruin entgegen. Eine Schuldenwirtschaft, die alle Sünden der Vergangenheit überträgt, eröffnet sich als erste Aussicht und niemand wird sich später mehr finden, der dem Uebel steuern wird und kann.

Hier gibt es nur einen Ausweg: die Regierung muß auf das Bestimmteste und klarste zum Ausdruck bringen, daß sie die Militärvorlage ohne eine gleichzeitige Deckung nicht annimmt. Dieses Unannehmliche muß ein hartes und unweigerliches sein; es muß dem ganzen Volke gesagt werden, daß mit der Annahme der Vorlage nur die eine Seite der Medaille erhebt ist, daß aber die Steuer- und Dedungsvorlage ebenfalls unauflösbar ist. Diesen Satz in aller Klarheit auszusprechen, ist Pflicht der Regierung, das einzige Gebot der Stunde. Man wird keiner Regierungserklärung mehr einen Wert beilegen, wenn dieses bedeutungsvolle Wort nicht alsbald fällt, sondern wenn man die Bäume am Boden schleifen läßt. Ohne neue Steuern keine neuen Soldaten! Nur diese Parole schafft Klarheit und zwingt alle Parteien zur Klarheit. Dann müssen alle jene, welche die Militärvorlage wollen, auch die Dedungsvorlage annehmen, sie müssen manchen Gegenstand zurückstellen und sich einfach verständigen. Nur eine solche Tat führt zur Gesundung unseres ganzen politischen Lebens; sie verhindert eine neue Steuerhebe, verhindert politische Heuchelei und schafft Gerechtigkeit auf der ganzen Linie. Es ist an und für sich unbegreiflich, daß man eine solche Selbstverständlichkeit überhaupt noch aussprechen muß, daß man die Regierung erst an diese bringende Pflicht zu erinnern hat. Mit aller Deutlichkeit sei aber darum gesagt, was jetzt Pflicht der Regierung ist, falls sie nicht auf den Konflikt, die Auflösung und den Chaos zuflucht.

Warum will die Regierung diese Pflicht nicht erfüllen? Man kann doch nicht annehmen, daß es die Rücksicht auf die Liberalen ist, welche davon absehen. Auch wenn man weiß, daß auf diese verworrenen Kinder weitgehende Rücksicht genommen wird; kann solche doch nicht so weit gehen, daß man das Gemeinwohl leiden läßt. Wenn heute die Regierung einen anderen Weg geht als den ihrer Pflicht, dann liefert sie unser ganzes innerpolitisches Leben an die Sozialdemokratie aus; diese wird ihr dann im Herbst eine Art der Dedung vorschreiben, daß ihr die Augen übergehen werden, daß sie sich sagen wird: warum ging ich in den Junitagen nicht den Weg der Pflicht, sondern den der Bequemlichkeit und Nachgiebigkeit? Wenn es je gelingen sollte, jetzt die Militärvorlage zu verabschieden, nicht aber die Dedung, so sind im Herbst die Sozialdemokraten die alleinigen Herren. Rechte und Centrum werden es dann nicht als ihre Aufgabe ansehen, der Regierung und den Liberalen jedesmal dann beizuhelfen, wenn sie das rote Untier zu verspeien droht. Dann soll vielmehr der Rotbuck zeigen, was er leisten kann und der Bundesrat kann ein Liebling finden. Dann kommt nicht nur die Erbschaftsteuer, auf die man im Bundesrat so sehr häufig hart, dann regnet und schneit es mit einer Reichsvermögenssteuer ganz anderer Art, als heute eine Vermögenssteuer möglich ist. Heute die Regierung zu versäumen droht, bringt dann keine Gerechtigkeit mehr ein.

Wir stellen diese klare Forderung nicht vom Parteistandpunkt aus, sondern im Interesse der Allgemeinheit. Wer sich verantwortlich fühlt für das Gelingen der Gesamtheit, muß mit uns einig gehen; es wäre der höchste Grad der politischen Amoralität, wenn man sich von der einen Mehrheit der Steuern diktiert lassen wollte, von

der anderen die neuen Soldaten geben lassen würde. Eine solche Politik mit doppeltem Boden wäre so unethisch und so haltlos, daß sie mit einem totalen Zusammenbruch endigen müßte, daß das ganze deutsche Reich in eine schwere Krise hinein kommen würde, deren Anfang man kennt, deren Ausgang unsicher ist. Mit einer Auflösung des Reichstages ist es dann nicht mehr getan, der Kreis wird tiefer und breiter. Wir haben daher die feste Überzeugung, daß der Reichskanzler das notwendige entscheidende Wort bald sprechen wird und daß der ganze Bundesrat eine solche Klärung unbedingt erwartet.

Deutschland.

Berlin, 4. Juni.

2. Unfallversicherung und Landwirtschaft. Wenn sich die Landwirtschaft über die drückenden Lasten unserer Arbeiterversicherung beklagt, dann ist es immer wieder in erster Linie die Unfallversicherung, die den Gegenstand dieser Beschwerden bildet. Diese Last empfindet die Landwirtschaft deswegen relativ schwer, so bemerkt Prof. Dr. Hise in einer eben erschienenen Schrift: „Zur Würdigung der deutschen Arbeitergesetzgebung“ (M. Gladbach, Volksvereins-Verlag 1913 124 S. 1.60 M.), weil die Zusammenhänge nicht begriffen werden. Daß die Kosten bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung stetig steigen — bis zur Erreichung des Beharungszustandes — hat einfach darin seinen Grund, daß hier das Umlageverfahren (statt des prinzipiell richtigen Kapitaldeckungsverfahrens) bei Erlaß des Gesetzes gewählt worden ist. Das hatte den Vorzug, daß in den ersten Jahren nur so viel erhoben wurde, als tatsächlich für die Rentenauszahlungen erforderlich war, hatte damit aber auch naturgemäß den Nachteil, daß mit dem jährlichen Eintritt neuer Rentempfänger — dem nur eine geringe jährliche Abnahme durch den Tod gegenüberstand — die Kosten stetig steigen mußten, während beim Kapitaldeckungsverfahren die Beiträge sich von Anfang an bis heute auf derselben mittleren Höhe gehalten haben würden. Bei der Unfallversicherung wird weiter vergessen, daß sie an die Stelle der Haftpflicht getreten ist, die seit Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches und mit der strengeren Auslegung der Haftpflichtbestimmungen ein starkes Risiko darstellt. Dieses Risiko ist aber heute, soweit es sich um die Betriebsunfälle der Arbeiter handelt, durch die Unfallversicherung gedeckt. Was das namentlich für kleine Landwirte zu bedeuten hat, wird weit unterschätzt. Ein Unfall z. B. eines Arbeiters, der eine Familie zu ernähren hat, würde bei Haftpflicht den Ruin eines Bauernhofes bedeuten können. Umsichtige Bauern und andere Unternehmer scheuen deshalb die Kosten nicht, sich auch noch gegen die sonstigen haftpflichtigen Unfälle zu versichern. Endlich sind fast alle kleinen Landwirte und manche Handwerker auch selbst mit ihren Familienangehörigen gegen Betriebsunfälle versichert; — nicht kraft Gesetzes, sondern auf Grund besonderer Landesgesetze oder durch die von den beteiligten Arbeitgebern selbst beschlossenen Satzungen. Letzteres gilt namentlich für Preußen. Nun kamen aber z. B. in Bayern 1906 etwa 75 Prozent der Unfälle und ebenso der Geschäftsunfälle gerade auf die landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer und ihre Angehörigen und nur 25 Prozent auf Arbeiter und Dienstboten. Rechnet 1910. So ist es in der Regel, namentlich in Gegenden mit überwiegender Kleinbesitz. Das vergessen aber wieder die Landwirte, wenn sie über die Unfallversicherung klagen oder die Befreiung der kleinen Renten verlangen, daß ihre eigenen Standesgenossen dem Gesetz die weite Ausdehnung gegeben haben — unseres Erachtens mit Recht — und daß sie selbst, nicht die Arbeiter, die hohen Kosten verursachen, dafür aber auch die Hauptwohlstand genießen. So bekommen die Klagen über die die Landwirtschaft drückenden Lasten der Unfallversicherung denn doch ein anderes Gesicht, als wenn man es so hinstellt, als seien es in erster Linie oder gar allein die landwirtschaftlichen Arbeiter, die diese Lasten verursachen.

Oesterreich-Ungarn.

Stürmische Antritte im ungarischen Abgeordnetenhaus.

* Ofenpest, 4. Juni. Die heutige Sitzung im Abgeordnetenhaus wurde durch die Opposition häufig gestört. Die Rásmannern nahmen schließlich einen beratigen Antrag an, daß der Präsident die Parlamentswache in den Sitzungssaal berief. Der Kommandant der Wache ging so weit, daß er die Abgeordneten Regel und Federbach mit dem blanken Säbel zu Boden schlug. Die Unruhen im Sitzungssaal dauern noch fort.

Frankreich.

* Paris, 4. Juni. Wie aus Algier gemeldet wird, beschloß die Vertreter der französischen Arbeiter in der Finanzdelegation, aus dem Reserve-

fonds Algeriens dem Mutterland 10 Mill. Francs für die Zwecke der nationalen Verteidigung zu widmen.

Der Kaiserbesuch in Geldern.

* Geldern, 4. Juni. Eine ungeheure Menschenmenge durchludete seit heute früh die Straßen des sonst ländlich stillen Geldern. Aus dem ganzen ehemaligen Herzogtum trafen etwa 139 Krieger-, Schützen- und sonstige Vereine zur Spalierbildung ein.

Die Feierlichkeiten begannen heute morgen mit einem feierlichen Hochamt, das der erwählte Bischof von Münster, Kapitularrat Poggendorf in der Pfarrkirche um 7 Uhr zelebrierte. In der evangelischen Kirche fand ebenfalls Festgottesdienst statt. Das Wetter ist schön aber schwül, so daß Gewitterbildungen zu befürchten sind.

Gegen 11 Uhr traf der Kaiser mit Gefolge ein. In der Begleitung des Kaisers befand sich Erzherzog Frh. von Lynxer, Generaladjutant Generaloberst von Pfaffen, Generalmajor von Gontard, Flügeladjutant Major von Caprioli, Stabsarzt Dr. Wegel, Erzherzog von Valentini, sowie der Chef des Militärkabinetts.

Der Kaiser wurde vom Oberpräsidenten Frh. von Rheinbaben und dem Kommandierenden General des siebten Armeekorps von Einem empfangen.

Im Automobil fuhr der Kaiser nach kurzer Begrüßung über Bahnhofsweg und Humerstraße zur Kreuzung Ostwall. Hier hatte Bürgermeister Wetters mit den Stadtverordneten Aufstellung genommen. Der Bürgermeister richtete an den Kaiser eine Ansprache.

Der Kaiser dankte herzlich für die Begrüßung und fuhr dann zum Festplatz weiter. Hier nahm der Kaiser unter dem Kaiserzelt Aufstellung, nachdem er die Front der Ehrenkompanie abgesehen und u. a. die holländische Gesellschaft, bestehend aus General Demeijere, Oberst Weber und Seelentant von Nuchten, begrüßt hatte. Diese und die Spitzen der Behörden waren am Kaiserzelt versammelt. Ehrenjungfrauen standen am Kaiserhaushalt. Die Tribünen waren von Zuschauern gefüllt, ringsumher hatte man die Dächer abgedeckt um Raum zu gewinnen.

Die vereinigten Männerchöre des Herzogtums — etwa 1000 Sänger — begrüßten unter Musikdirektor Drüggotts Leitung den Kaiser mit dem Chor: Die Himmel rühmen den Erwigigen Ehre. Der Erbmarshall der Herzogtümer Geldern, Erzherzog Graf von Marquis von und zu Hohenbroch richtete dann an den Kaiser eine Ansprache, in welcher er der Geschichte des Herzogtums Geldern gedachte.

Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät allergetreueste Söhne des Herzogtums Geldern begrüßen huldigend in tiefster Ehrfurcht Eure Majestät im Jahre 200jährigen Gedenkens der Zugehörigkeit dieses blühenden Gebietes zu Eurer Majestät gelegenen Landen. Diese Guldigung fällt zugleich in das Jahr in welchem Eure Majestät auf eine vom Schatz und Segen Gottes erfüllte und von der Liebe treuer Untertanen getragene 25jährige Regierungszeit zurückblicken. So vereinigt sich der Dank der Bewohner des alten Herzogtums aus der vergangenen 200jährigen Geschichte, unter dem königlichen Zepter der Hohenzollern, mit dem Dank der Gegenwart für Eure Majestät allen Ständen und Berufen gewährte landesväterliche Fürsorge. Diesen Dank lege ich Eurer Majestät, unsern erlauchten König und Herzog in tiefster Ehrfurcht zu Füßen, von neuem gelobend den Treueid, den die Geldernischen Stände vor 200 Jahren König Friedrich Wilhelm I. geleistet haben. Nachdem der 30jährige Krieg auch Geldern mit zuchlosen weissen Scharen überschwebt hatte und erst der spanische Erbfolgekrieg den Siegeslauf König Ludwigs XIV. hemmte, fiel Geldern im Jahre 1703 nach elfmonatiger Verteidigung durch den tapferen Spanier Domingo de Velis in die Hände des preussischen Generals von Lottum. Von den Leiden des Krieges gänzlich erschöpft, gelangte im Utrechter Frieden im Jahre 1713 das Oberquartier Geldern mit der alten Herzogsstadt unter Preussens Zepter. Der große Organisationsmann, König Friedrich Wilhelm I., vereinigte den Aufbau einer starken Staatsgewalt mit der Förderung des Volkswohles auf den verschiedensten Gebieten, und so genoss endlich Geldern Jahrzehnte hindurch die Segnungen eines von starker Hand bewachten Friedens. Friedrich Wilhelms I. großer Sohn mußte im siebenjährigen Kriege wiederum Gelderns Besitz gegen Frankreichs Eindringlinge erkämpfen, und so wurde im Frieden von Hubertusburg Geldern zum zweiten Male Preußen zuerkannt. König Friedrich der Große baute die innere Organisation seiner niederrheinischen Gebiete und deren Zugehörigkeit zu Preußen alten Provinzen mehr und mehr aus und förderte mit weitem Blick Handel und Gewerbe. Nach drei Jahrzehnten erpischlichen Friedens führte die gewalttätige kriegerische Revolution die Franzosen erneut in die hiesigen Lande, und der

Friede von Lunenburg besiegelte für lange Zeit das Geschick des linken Rheinufers. Erst König Friedrich Wilhelm III. gelang es, den Sturm im Osten zu entfeuern und auch Geldern von der Fremdherrschaft zu befreien. Nun zogen zum dritten Male Preussens Fahnen siegreich in unsere Hauptstadt ein. Lange Jahre gelegenen Friedens hatten die wirtschaftliche Entwicklung auf allen Gebieten mächtig gefördert, und so jubelten die Bewohner ihrem geliebten Landesherren und Herzog begeistert zu, als vor 50 Jahren König Wilhelm I. an dieser Stätte die Guldigung des Herzogtums entgegennahm. In unaussprechlicher, dankbarer Erinnerung an das, was der große Kaiser seinem Reich, seinem Volke und seinen Soldaten gewesen ist, haben des Herzogtums Söhne, von denen viele das Glück hatten, unter ihm als Kämpfer in der Schlacht und heute vor Eurer Majestät als Veteranen zu stehen, beschloßen, dem Andenken Kaiser Wilhelms des Großen ein Standbild zu errichten, zum bleibenden Gedächtnis an Deutschlands ersten Kaiser und seine gewaltige Zeit; zur Mahnung an die Gegenwart und zum monarchischen und staatlichen Halt den kommenden Geschlechtern.

Eure Kaiserliche und Königliche Majestät haben Allergnädigst geruht, diesem Werte die Allerhöchste Sanction zu erteilen und heute Eurer Majestät unter uns getreten, um dem Feste die Weihe zu geben, die des Volkes Liebe und Treue erheitert. Nach alter Sage wurde ein in hiesiger Gegend hausender Drache, der Land und Leute bedrängte, von zwei tapferen Söhnen des Landes erschlagen. In dieser Sage wollen Eure Majestät das Symbol unserer Gesinnung erblicken. Gelderns Söhne wollen stets bereit sein, gegen die vielfältigen Drachen der Zeit unter Eurer Majestät Führung zu kämpfen und sie mit Gottes Gnade zu besiegen. Wahre Gottesfurcht, Königtum und Vaterlandsliebe sind die Gaben, die wir Eurer Majestät als edelste dazubringen wollen. Sie sind die Grundlage für das Gedeihen unserer brüderlichen Treue und reiflicher Eingabe, welches ich Eurer Majestät unsern erhabenen Kaiser, König und Herzog in dieser weihenollen Stunde namens aller Bewohner des preussischen Anteils des alten Herzogtums Geldern zu Füßen lege. Wollen Eure Majestät zum huldvollen Zeichen der Annahme unseres Gebührens die Enthüllung des Denkmals Kaiser Wilhelms des Großen Allergnädigst zu befehlen geruhen.

Der Kaiser erwiderte mit folgender Ansprache:

Der Einladung zur Jubelfeier der zweihundertjährigen Zugehörigkeit Gelderns zur Krone Preussens bin ich gern gefolgt und freue mich, daß ich es in dieser feierlich bewegten Zeit habe erwidern können, heute unter Ihnen zu weilen. Ich danke herzlich für die freundlichen Worte, mit denen vorher der Herr Bürgermeister im Namen der alten Herzogsstadt und jetzt Sie, mein lieber Erbmarshall, im Namen der Geldernischen Lande mich begrüßt und beglückt haben. Der jubelnde Empfang und die freundlichen Mienen aller Festteilnehmer haben mir deutlich gezeigt, welche Gefühle treuer Anhänglichkeit die Herzen der Bewohner des alten Oberquartiers Geldern für das Hohenzollernhaus, für Kaiser und Reich befeuern. Die wechselvolle Geschichte Gelderns weiß von traurigen Schicksalen des Landes, von furchtbaren Bedrückungen und Kriegsnöten in reicher Fülle zu erzählen, und läßt die von unzufriedenen Seelen so gern zitierte „gute alte Zeit“ in recht trübem Licht erscheinen. Auch die Schwermut des preussischen Adlers, dessen Königskrone mit dem Hakenkreuz Gelderns zum brandenburgisch-preussischen Staat eng verknüpft ist, waten im ersten Jahrhundert nicht immer kräftig genug, das fernab vom Kern des Landes, dem Orte der Stärke, gelegene Gebiet gegen mächtige Feinde zu schützen und zu decken. Seit der Befreiung des Vaterlandes von der Fremdherrschaft, deren hundertjähriges Gedenken in diesem Jahre das Herz des deutschen Volkes mit nationaler Begeisterung und berechtigtem Stolz erfüllt, begann auch Geldern unter den Segnungen des Friedens die Früchte des Gewerbetreibens und der Kunstfertigkeit seiner Bewohner zu ernten. Die heutige Blüte des schönen Landes ist aber, wie schon rühmend hervorzuheben, zu einem wesentlichen Teile auf die liebevolle Fürsorge seiner Landesfürsten zurückzuführen, die der jähren Volkstrost und schaffensfreudigen Arbeitsamkeit der Söhne des Niederbarnums Weg und Ziel gewiesen haben. Die Dankbarkeit hierfür konnte bei der heutigen Jubelfeier nicht schön und pietätvoller zum Ausdruck kommen, als durch ein Denkmal für den erhabenen Herrscher, dem es beschieden war, der unheilvollen Zerrissenheit des deutschen Stammes ein Ende zu machen und ein festgefügt einig Volk zu schaffen. Bei der Erfüllung dieser seiner hohen Mission hat auch unser braver Sohn Gelderns treu gehalten und seinen siegreichen Fahnen Mut und Leben für das Vaterland heldenmütig eingesetzt. Die edle Gestalt des großen und doch so demütigen Fürsten tritt heute lebhaft vor unser Auge, besonders seinen alten Kriegskameraden unter uns und denjenigen, die ihm persönlich vor fünfzig Jahren hier auf

[illegible]

Quo vadis?
